
Fragebogen

Leistungsanalyse; Anhörung

Organisation:	Verband Aarg. Gemeindeschreiber/innen
Kontaktperson:	Stefan Jung, Präsident
Kontaktadresse:	Gemeindekanzlei, Bernstrasse 108, 4852 Rothrist
Telefon / E-Mail:	062 785 36 10 / stefan.jung@rothrist.ch
Datum:	24.01.2014

Sehr geehrte Anhörungsteilnehmende

Der vorliegende Fragebogen erleichtert die Möglichkeit, zu den Massnahmen der Leistungsanalyse Stellung zu nehmen.

Den Fragebogen und alle Unterlagen zur Anhörung finden Sie auf der Homepage des Kantons (www.ag.ch/vernehmlassungen).
Sie erleichtern uns die Arbeit, wenn Sie den Fragebogen elektronisch ausfüllen und zurücksenden.

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen bis zum **14. Februar 2014** an folgende Adresse:

Yvonne Kaufmann
Projektleiterin Leistungsanalyse
Regierungsgebäude
5001 Aarau
yvonne.kaufmann@ag.ch
Tel.: 062 835 12 14

Für Ihre Mitwirkung danken wir Ihnen bestens.

Aarau, 6. November 2013
Staatskanzlei

1. Generelle Fragen

1. Ist eine Leistungsanalyse aus Ihrer Sicht notwendig? (vgl. Anhörungsbericht Kapitel 1)					
ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

2. Sind Sie mit dem Ziel der Leistungsanalyse einverstanden? (vgl. Anhörungsbericht Kapitel 2)					
ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

3. Wie beurteilen Sie das finanzielle Entlastungspotenzial der Leistungsanalyse? (vgl. Anhörungsbericht Kapitel 4.2)					
zu klein	eher zu klein	eher zu gross	zu gross	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

2. Fragen zu den einzelnen Massnahmen

4. ä timmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
120-01	Verzicht auf die Zustellung der Post an die Grossratsmitglieder	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Elektronischer Zugriff muss auch für die heute 70 Externen (Medienschaffende, Gemeinden) gewährleistet sein.
210-11	Verzicht Abgeltung für kriminalpolizeiliche Tätigkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Mit Umsetzung der 4 Standards der Regionalpolizeien und mit Umsetzung der Polizei-Initiative werden alle Regionalpolizeien personell aufgebaut. Dies führt dazu, dass mit dem höheren Personalbestand weitere Regionalpolizei-Korps Aufgaben von der Kantonspolizei übernehmen werden. Die Kapo kann ihrerseits ihre Kräfte weiter bündeln (z.B. Verstärkung der kriminalpolizeilichen Aufgaben). Die Übernahme von Aufgaben der Kapo durch Repols stellt eine Aufgabenverschiebung dar, die auszugleichen ist. Wenn die Stadtpolizei Baden und die Regionalpolizei Brugg für die kriminalpolizeilichen Tätigkeiten keine Entschädigung mehr erhalten, werden sie diese Aufgaben wohl kaum weiterhin übernehmen. Das bedeutet, dass die Kantonspolizei diese Tätigkeiten wieder selbst ausführen muss, was ohne Stellenplanerhöhung kaum möglich sein wird. Die KAPO befindet sich immer noch im Personalaufbau, eine Kompensation mit andern Aufgaben ist nicht realistisch. Der Spareffekt ist also sehr bescheiden oder sogar gleich Null.

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
240-01	Anpassung Aufsicht über die kommunalen Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Wir lehnen gesetzliche Mindestanforderungen an die Qualifikation von FiKo-Mitgliedern ab. Solche Vorschriften existieren auch nicht für andere vom Volk gewählten kommunalen oder kantonale Behörden. Zudem fordern wir Schnittstellen für das Kontrollsystem. Es kann nicht sein, dass nachher jede Gemeinde trotzdem noch ihre Daten manuell eingeben muss. Im übrigen schliessen wir uns der Vernehmlassung des Verbandes Aarg. Finanzfachleute an.
240-02	Erhöhung Kostendeckungsgrad Einwohner- und Objektregisterdatenplattform	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Es ist nicht nachvollziehbar, dass Betreibungsämter (als staatliche Organisation) für den Zugriff bezahlen sollen, die Landeskirchen und Kirchgemeinden (als nicht staatliche Organisation) hingegen nicht. Den Betreibungsämtern ist ein kostenloser Zugang zu gewähren. Die Steuern erhebenden Landeskirchen sollen diesen Zugriff entschädigen, wie sie auch andere Leistungen bezahlen, welche der säkulare Staat für sie erbringt.
250-01	Erhöhung Kostendeckungsrad Strafverfahren	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
250-02	Verrechnung der staatsanwaltschaftlichen Leistungen an die verurteilte Person (Anklagegebühr)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
310-01	Optimierung des Case Management Lehrpersonen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
310-02	Abschaffung der Einschulungsklassen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ob die Abschaffung aus pädagogischen Gründen Sinn macht, darf angezweifelt werden.

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
310-03	Abschaffung des Werkjahrs	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
310-04	Abschaffung des Berufswahljahrs	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
310-10	Erhöhung Schülerzahlen an Primarschule	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ebenfalls Erhöhung der Maximal-Klassengrössen auf Stand vor "Stärkung Volksschule Aargau"
320-01	Leistungsreduktion Lehrpersonenberatung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Einverstanden unter der Voraussetzung, dass die kostendeckenden Zusatzleistungen von den Lehrkräften und nicht von den Gemeinden bezahlt werden müssen.
320-02	Kostenpflicht Laufbahnberatung Erwachsene	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
320-03	Einführung Kostenbeteiligung Freifach Instrumentalunterricht	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
340-02	Abbau Leistungsbereich Bildung Naturama	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
340-03	Finanzierung wissenschaftliche Auswertungen Kantonsarchäologie über den Swisslos-Fonds	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
420-01	Optimierung des Case Management	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
533-01	Aufhebung der Pilzkontrolle	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
535-01	Totalrevision EG KVG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die Totalrevision des EG KVG ist nicht Bestandteil der vorliegenden Sammelvorlage "Leistungsanalyse", sondern wird dem Grossen Rat in separaten Botschaften unterbreitet. Wir werden uns im Rahmen der offiziellen Vernehmlassung im Detail dazu äussern. Aufgrund der uns aktuell zur Verfügung stehenden Informationen werden wir diese Vorlage jedoch strikte ablehnen. Aus den vorliegenden Unterlagen ist nicht ersichtlich, wie der Kanton nach dem Inkrafttreten des totalrevidierten Gesetzes 20 Mio. Franken pro Jahr soll sparen können. Auch die behauptete Entlastung der Gemeinden von 2,8 Mio. Franken pro Jahr (+ 3,5 Mio. Franken bei der Sozialhilfe) ist in keiner Weise nachvollziehbar und wird von uns massiv angezweifelt. Die Einführung eines Case Managements für die Bewirtschaftung einer allfälligen Säumigenliste lehnen wir kategorisch ab und werden sie bekämpfen, weil der dadurch entstehende Aufwand in einem krassen Missverhältnis zum erwarteten Nutzen steht.
540-01	Einführung einer Verwaltungsentschädigung bei den Ersatzbeiträgen im Bereich Schutzraumprojekte	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
545-01	Erhöhung Vermögensverzehr bei Altersrentner/innen im Heim	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Bereits heute gibt es zahlreiche Altersrentner/innen in Heimen, welche zusätzlich zur Ergänzungsleistung mit Sozialhilfe unterstützt werden müssen, obwohl dies vom Grundgedanken der Pflegefinanzierung her eigentlich gar nicht vorkommen dürfte (vgl. § 14b Abs. 3 PflG). Mit der Erhöhung des Vermögensverzehrs wird die Zahl der Sozialhilfebezügler in Heimen weiter ansteigen.

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
605-01	Verrechnung von Anfragen für die Behandlung von Baugesuchen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
605-02	Verrechnung des kantonalen Aufwands für Vernehmlassungen des Bundes in Plan-genehmigungsverfahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
605-03	Erhöhung Gebühren für Entscheide (Bau-bewilligungen)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
615-01	Reduktion Mittel zur Energieförderung 2014-2015	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Ist es richtig, sich von der Energiestrategie 2050 zu verabschieden?
615-02	Reduktion Jahrestranche Grosskredite "Förderprogramm Energie"	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	dito 615-01
620-01	Verzicht auf Auszahlung von Kantonsbei-trägen an Generelle Entwässerungspla-nungen (GEP)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Der Verzicht auf Kantonsbeiträge führt zu Verzögerungen bei der Umsetzung der GEP-Massnahmen in den Gemeinden und dadurch zu potenziell grösserer Gefahr von Gewässerverschmutzungen.
620-02	Verzicht auf die Gebührenbefreiung des Wärmeentzugs aus Grundwasser	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
620-03	Verzicht auf Reduktion der Grundwas- sernutzungsgebühr für Körperschaften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die Beschreibung dieser Massnahme im Anhörungsbericht ist ausgesprochen dürftig. Es geht immerhin um 2 Mio. Franken pro Jahr. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, wie der höhere Trinkwasserpreis von 5 Rappen pro Kubikmeter berechnet wurde und es wird auch nicht erwähnt, wie viele Gemeinden betroffen wären. Aufgrund der uns vorliegenden Informationen lehnen wir diese Massnahme ab.
625-01	Beteiligung der Gemeinden an Bewirt-schaftungsverträgen in kantonalen Vor-ranggebieten	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
625-03	Bisher kostenlose Dienstleistungen Hydrometrie neu kostendeckend verrechnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Angesichts des bescheidenen Sparvolumens ist auf die Verrechnung dieser Dienstleistung gegenüber den Gemeinden zu verzichten.
625-04	Gebührenerhöhung für die Nutzung und Inanspruchnahme der öffentlichen Oberflächengewässer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
625-05	Erhöhung Gemeindeanteil Wasserbau auf 75 %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<p>625-05 und 625-06 widersprechen einander.</p> <p>Diese Massnahme lehnen wir kategorisch ab. Sie läuft den Grundsätzen der Aufgaben- und Lastenverteilung (ALV) diametral zuwider (Stichwort fiskalische Äquivalenz). Anstatt den Gemeindeanteil für den wasserbaulichen Unterhalt von 50 % auf 75 % zu erhöhen soll der Gewässerunterhalt vollständig kantonalisiert werden, da die Gemeinden praktisch kein Mitspracherecht besitzen. Von einer Verbundaufgabe kann keine Rede sein.</p> <p>Ausserdem löst die Massnahme eine Änderungsflut bei den kommunalen Abwasserreglementen aus.</p> <p>Im Zusammenhang mit dem Projekt ALV erklärte das DBVU, dass der heute geltende Kostenteiler gerechtfertigt sei. Im Zuge der Leistungsanalyse, wo der Kanton Sparpotenzial sucht, wird der Kostenteiler nun plötzlich nicht mehr als gerechtfertigt empfunden. Ein solches Verhalten ist Opportunismus in seiner schönsten Form und wird von uns nicht akzeptiert. Wenn hier etwas geändert wird, ist dies zwingend in der Gesamtbilanz zur ALV zu berücksichtigen.</p>

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
625-06	Erhöhung Gemeindeanteil Wasserbau auf einen Einheitssatz von 60%	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	siehe unsere Ausführungen zu 625-05. Die Massnahme steht ausserdem im Widerspruch zu 625-05 (Gemeindeanteil von 75 %). Die Formulierung im Anhörungsbericht ist unklar.
625-07	Befristete Mitfinanzierung von Hochwasserschutzprojekten durch die Aarg. Gebäudeversicherung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
625-16	Reduktion Gewässerrevitalisierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
635-02	Verzicht finanzielle Beteiligung Kommunalen Gesamtplan Verkehr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ein KGV ist ein umfassendes Werk und die Erarbeitung ist entsprechend kostspielig. Mehrkosten von CHF 25'000 aufgrund des Wegfalls des Kantonsbeitrags werden verschiedene Gemeinden davon abhalten, einen KGV zu erstellen. Es liegt jedoch auch im Interesse des Kantons, wenn die Gemeinden einen KGV erarbeiten, um die Verkehrsentwicklung zu steuern. Der Staat soll sich deshalb weiterhin finanziell am KGV beteiligen.
645-01	Reduktion Beiträge Forstreviere	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Mit der vorgeschlagenen Dekretsänderung sollen die kantonalen Mittel für die Beiträge an die Forstreviere um CHF 200'000.00 von CHF 550'000.00 auf CHF 350'000.00 reduziert werden. Von einer Reduktion der zu erbringenden Leistungen ist jedoch nicht die Rede. Bei der Beitragsreduktion handelt es sich somit nicht um eine Sparmassnahme, sondern bei gleichem Leistungskatalog und -volumen lediglich um eine Delegation der Finanzierung von Aufgaben und Leistungen, welche gemäss kantonalem Waldgesetz Kantonsaufgaben sind, nach unten zu den Gemeinden und Waldeigentümern. Dies lehnen wir ab.

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
645-02	Reduktion Ziele Naturschutzprogramm Wald 4. Etappe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Mit der Reduktion der Leistungsziele werden weniger Biodiversitätsleistungen im Wald erbracht. Dies hat zur Folge, dass die Biodiversität im Wald nicht weiter verbessert werden kann, da weniger Eingriffe zu Gunsten der Biodiversität (lichte Wälder, Tannen- und Eichenwaldreservate, Naturwaldreservate) ausgeführt werden können.

3. Weitere Massnahmen

5. Haben Sie weitere / andere Massnahmenvorschläge?
1. 435-01: Die Gemeinden nutzen die AGIS Daten häufig, z.B. Hochwasserkarte, etc. Die Daten sollen daher von den Gemeinden weiterhin kostenlos genutzt werden können.
2. Verzicht auf Publikation „Umwelt Aargau“
3. AFP 2014-2017 Aufgabenbereich 820: Kürzung Personalaufwand der Stelle für Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz um CHF 47'000, dafür Zielwert 820Z002 auf 55 % senken. Aufgabenbereich 533: Verzicht auf Umsetzung der Neobiota-Strategie (CHF 320'000).
4. Anhebung der maximalen Klassengrössen Primarschule (siehe 310-10)
5. Verzicht auf Vorlage "Familienergänzende Kinderbetreuung" (Kinderbetreuungsgesetz)
6. Verzicht auf "Vollzug kantonaler Auflagen im Baubewilligungsprozess" durch DBVU
7.
8.
9.
10.

4. Weitere Bemerkungen

6. Weitere Bemerkungen / Kommentare Leistungsanalyse

Die Informationen zu den einzelnen Massnahmen im Anhörungsbericht sind generell ausgesprochen dürftig. Häufig geht viel zu wenig klar hervor, worum es genau geht und es ist schwierig, sich eine fundierte Meinung zu bilden.

Den Gemeinden wird mit der Leistungsanalyse bis ins Jahr 2017 eine Nettoentlastung von rund 23 Mio. Franken in Aussicht gestellt. Dieses Ergebnis ist auf den ersten Blick verlockend. Auf den zweiten Blick müssen die Einsparungen aber stark relativiert werden. Wenn beispielsweise bedingt durch den Verzicht auf die Neuorganisation des Instrumentalunterrichts eine Entlastung von 3,9 Mio. Franken ausgewiesen wird, so ist dies reine Augenwischerei. Die Vorlage für die Neuorganisation des Instrumentalunterrichts wurde bereits nach dem Vernehmlassungsverfahren versenkt, weshalb doch nicht ernsthaft behauptet werden kann, die Gemeinden würden durch diese Nicht-Massnahme 3,9 Mio. Franken einsparen. Auch die behauptete Entlastung aufgrund der Totalrevision des EG KVG von 2,8 Mio. Franken ist durch nichts belegt, weshalb wir diese Zahlen ebenfalls stark anzweifeln.

Zahlreiche Bereiche betreffen Aufgabenverschiebungen vom Kanton zu den Gemeinden. Der AGG fordert, dass die Gesamtsumme dieser Verschiebungen ausgewiesen und in der Gesamtbilanz ALV angerechnet wird.